



„Das ist erst der Anfang – VPN stehen als Nächstes auf meiner Liste.“ Ein Satz wie ein kleiner Donnerschlag. Gesprochen ohne großes Pathos, fast beiläufig. Und genau deshalb so wirkungsvoll. **Anne Le Hénanff**, Frankreichs Ministerin für KI und Digitales, meint es ernst. Sehr ernst.

Mit dem Verbot sozialer Netzwerke für Kinder unter 15 Jahren betritt Frankreich kein Neuland, setzt aber ein deutliches Zeichen. Nicht laut, nicht panisch, sondern strategisch. Hier entsteht kein Schnellschuss, sondern ein Bauplan. Stein für Stein. Wer genau hinhört, merkt schnell: Es geht nicht nur um TikTok, Instagram oder Snapchat. Es geht um Machtverhältnisse im digitalen Alltag. Und um die Frage, wer eigentlich noch das Sagen hat – Eltern, Schule, Staat oder Algorithmen.

Klingt groß? Ist es auch.

Kein Alleingang, sondern Teil eines größeren Musters

Frankreich steht mit dieser Entscheidung nicht allein da. Australien, skandinavische Länder, selbst Teile Kanadas diskutieren seit Jahren über digitale Altersgrenzen. Der Tonfall variiert, das Grundproblem bleibt gleich. Jugendliche verbringen Stunden in sozialen Netzwerken, oft unbeobachtet, oft ungebremst. Die Folgen reichen von Schlafproblemen über Konzentrationsschwierigkeiten bis hin zu handfesten psychischen Krisen.

Viele Eltern kennen das. Der Streit am Abend, wenn das Handy endlich weggelegt werden soll. Die endlosen Diskussionen über Bildschirmzeit. Das Gefühl, gegen unsichtbare Gegner anzukämpfen, die rund um die Uhr verfügbar sind und verdammt gut wissen, wie sie Aufmerksamkeit binden.

Und mal ehrlich: Wer fühlt sich da nicht gelegentlich hilflos?

Genau hier setzt die französische Regierung an. Nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern mit einer klaren Leitplanke. Unter 15 – kein Zugang zu sozialen Netzwerken. Punkt. Keine Grauzone, keine freiwillige Selbstkontrolle der Plattformen. Sondern eine gesetzliche Grenze, ähnlich wie bei Alkohol, Rauchen oder Autofahren.

Ist das bevormundend?
Oder schlicht überfällig?



Schutz statt Strafe – zumindest laut offizieller Lesart

Anne Le Hénanff betont immer wieder, dass es nicht um Repression gehe. Das Wort fällt fast mantraartig: Schutz. Schutz der Kinder, Schutz der Familien, Schutz der mentalen Gesundheit. Der Staat, so das Argument, greife dort ein, wo die Kräfteverhältnisse aus dem Ruder gelaufen seien.

Denn seien wir ehrlich: Ein zwölfjähriges Kind verhandelt nicht auf Augenhöhe mit einem globalen Tech Konzern. Auch Eltern stoßen an Grenzen, wenn Plattformen mit psychologischer Präzision Bindung erzeugen. Push Nachrichten, Endlosfeeds, Likes als soziale Währung – das alles folgt keiner pädagogischen Logik, sondern einer ökonomischen.

Der Staat, so Le Hénanff, solle hier nicht ersetzen, sondern stützen. Eltern sollen wieder Verbündete bekommen. Schulen einen Rahmen. Kinder eine Atempause.

Eine digitale Kindheit mit Schutzgeländern, nicht mit Maulkörben.

Die große Gretchenfrage: Wie soll das funktionieren?

So klar das politische Ziel formuliert ist, so knifflig zeigt sich die Umsetzung. Altersverifikation im Internet zählt zu den kompliziertesten Themen der Digitalpolitik. Niemand möchte, dass Kinder ihre Ausweise hochladen. Niemand möchte zentrale Datenspeicher voller sensibler Informationen. Und trotzdem braucht es irgendeine Form der Kontrolle.

Die französische Regierung setzt auf sogenannte Drittanbieter. Zertifizierte Stellen, die lediglich bestätigen, ob jemand über oder unter 15 ist – ohne Namen, ohne Geburtsdatum, ohne digitale Fußabdrücke. Klingt elegant. Fast zu elegant.

Kritiker sprechen von Theoriegebilden. Befürworter von technologischem Fortschritt. Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo dazwischen. Sicher ist nur: Ohne eine halbwegs funktionierende Altersprüfung bleibt das Verbot ein Papiertiger.

Und Papier hat online bekanntlich ein kurzes Leben.



Plattformen zwischen Kooperation und leiser Panik

Die Reaktionen der großen Plattformen fallen diplomatisch aus. Man zeigt sich gesprächsbereit, verweist auf bestehende Jugendschutzmechanismen, mahnt jedoch vor einer Zersplitterung des europäischen Marktes. Hinter vorgehaltener Hand klingt es weniger entspannt.

Denn eines ist klar: Wer Nutzer erst mit 15 abholt, verliert wertvolle Jahre. Bindung entsteht früh. Gewohnheiten auch. Für Plattformen, deren Geschäftsmodelle auf langfristige Nutzung setzen, ist das keine Nebensache, sondern ein tiefer Einschnitt.

Man könnte es auch so sagen: Der Staat greift dort ein, wo bisher freie Bahn herrschte.

Und das gefällt nicht jedem.

VPN – das nächste Minenfeld

Dann kommt dieses eine kleine Wort ins Spiel. VPN. Drei Buchstaben, die für viele nach Technik Nerds und Datenschutz klingen. Für Jugendliche allerdings oft einfach ein Trick. Ein Klick, ein Umweg, ein anderes Land – und schon greifen Altersbeschränkungen ins Leere.

Dass Anne Le Hénanff VPN öffentlich erwähnt, ist kein Zufall. Es ist ein Signal. Noch kein Gesetz, noch kein Verbot, aber ein klarer Hinweis: Schlupflöcher bleiben nicht unangetastet.

Dabei betont die Ministerin, dass niemand eine pauschale Verbannung anstrebe. VPN haben legitime Zwecke. Journalisten, Aktivisten, Menschen in autoritären Staaten nutzen sie täglich. Doch wenn sie massenhaft als Werkzeug zur Umgehung von Jugendschutz dienen, gerät ihre Sonderstellung ins Wanken.

Diskutiert wird über Transparenzpflichten, altersabhängige Einschränkungen, voreingestellte Filter auf Kindergeräten. Noch nichts ist entschieden. Aber die Richtung stimmt – zumindest aus Sicht der Regierung.



Freiheit gegen Fürsorge – ein alter Konflikt im neuen Gewand

Natürlich bleibt Kritik nicht aus. Bürgerrechtsorganisationen warnen vor einem schlechrenden Überwachungsstaat. Heute Kinder, morgen Erwachsene. Heute soziale Netzwerke, morgen andere Dienste. Wo zieht man die Linie?

Diese Sorge ist nicht aus der Luft gegriffen. Geschichte lehrt, dass gut gemeinte Maßnahmen manchmal weitreichendere Folgen entwickeln. Gleichzeitig zeigt die Realität, dass Nichtstun ebenfalls Konsequenzen hat.

Kinder und Jugendliche bewegen sich heute in digitalen Räumen, die kaum reguliert sind. Sie konsumieren Inhalte, deren Wirkung Erwachsene oft unterschätzen. Die Frage lautet also nicht: Freiheit oder Schutz? Sondern: Wie viel Freiheit ist verantwortbar, wenn Schutz fehlt?

Ein Balanceakt, ganz klar.

Politik in Etappen – bewusst und kalkuliert

Auffällig an der französischen Strategie ist ihre Schrittfolge. Erst das Verbot. Dann die Altersprüfung. Dann der Blick auf Umgehungswerzeuge. Keine große digitale Keule, sondern politisches Feintuning.

Das erlaubt Korrekturen, Nachjustierungen, gesellschaftliche Debatten. Es schafft Akzeptanz, zumindest potenziell. Und es gibt Raum für Lernen – auf beiden Seiten.

Anne Le Hénaff verkörpert dabei einen Politikstil, der das Digitale nicht länger als exotisches Spezialthema behandelt. Sondern als Alltag. Als Infrastruktur. Als etwas, das Regeln braucht wie Straßenverkehr oder Schulpflicht.

Warum sollte der digitale Raum davon ausgenommen sein?



Und jetzt?

Ob das Verbot am Ende wirkt, entscheidet sich nicht im Gesetzblatt, sondern im Alltag. In Familienküchen. In Klassenzimmern. In Kinderzimmern, wenn das Smartphone abends auf dem Tisch liegt.

Es wird Diskussionen geben. Umgehungsversuche. Grauzonen. Vielleicht auch Frust. Aber vielleicht – und das ist die leise Hoffnung – auch mehr Ruhe. Mehr Schlaf. Mehr Gespräche ohne Bildschirm dazwischen.

Ist das naiv?

Oder einfach ein Versuch wert?

Der digitale Raum bleibt in Bewegung. Frankreich hat nun einen Schritt gemacht, der weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus Beachtung findet. Der Bau ist eröffnet. Wie stabil das Gebäude wird, zeigt sich erst mit der Zeit.

Eines steht fest: Die Debatte hat gerade erst begonnen.

Ein Artikel von M. Legrand